

## Anmerkungen zur Stellungnahme der ver.di NRW zum Referentenentwurf des von der Landesregierung NRW geplanten Kulturfördergesetzes

Im Mai 2014 hat die nordrhein-westfälische Landesregierung dem von der Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport Ute Schäfer vorgelegten Referentenentwurf zu einem „Gesetz zur Förderung und Entwicklung der Kultur, der Kunst und der kulturellen Bildung in Nordrhein-Westfalen“ (KFG)

(<http://www.mfkjks.nrw.de/kultur/themen/kulturfoerderungsgesetz.html>) zugestimmt. Nachdem der Referentenentwurf noch vor der Sommerpause 2014 den Kulturverbänden in NRW zugestellt wurde, soll das KFG nun in 3 Lesungen bis zum Jahresende verabschiedet werden.

Im Juni 2014 erfolgte dazu eine Stellungnahme des ver.di-Landesbezirks NRW, nachdem der Referentenentwurf zum KFG zuvor in Diskussionen mit den Vorständen der ver.di-Kulturfachgruppen (VS, Theater und Bühnen, bildende Kunst und Musik) dort auf erhebliche Kritik gestoßen war.

Die ver.di-Stellungnahme kritisiert den Gesetzentwurf zu recht in folgenden Punkten:

- 1.) (...) Ver.di NRW hält (...) Kultur für eine öffentliche Aufgabe, der durchaus eine „Pflichtigkeit“ zukommt, die aus dem Geist des Grundgesetzes ableitbar ist. Diesem pflichtigen Charakter wird in dem vorliegenden Gesetzentwurf *nicht* Rechnung getragen(...)
- 2.) Nach den im Gesetzesentwurf genannten Förderkriterien werden „Gerade kleine Institutionen im ländlichen Bereich es sehr schwer haben, diese (geforderte/FK) herausragende Bedeutung zu erfüllen. Ver.di\_NRW sieht darum die Gefahr, dass v.a. (groß)städtische Projekte mit „Leuchtturmcharakter gefördert werden (...)
- 3.) Kommunale Kulturangebote und kommunale Kulturförderung werden an die jeweilige mehr oder weniger krisenhafte (kommunale/FK) Haushaltslage gekoppelt, erbracht im „Rahmen der jeweiligen Leistungsfähigkeit“.
- 4.) Der Entwurf beinhaltet keine Instrumente zur Entwicklung einer „Guten Arbeit in Kunst, Kultur und kultureller Bildung“. (Im Gegenteil: eine dramatische Zunahme prekärer Beschäftigung ist hier seit Jahren zu verzeichnen/FK)
- 5.) (...) das Bekenntnis zum Bestand/Erhalt und (Ausbau) einer „Kulturlandschaft von beachtlicher Breite und Vielfalt“ und der in ihr „schlummernden Potentiale“ wird im vorliegenden Gesetzesentwurf *nicht* deutlich
- 6.) (...) der Gesetzesentwurf erscheint restriktiv, hinsichtlich einer im Sinne eines flächendeckenden Kulturangebots nachhaltigen Förderung bestehender kultureller Institutionen (Bibliotheken, Theater, Musikschulen).

Wie – um alles in der Welt – kann man nach dieser mehr als zutreffenden Kritik in dem geplanten KFG ein kulturpolitisches Instrument der rot-grünen Landesregierung sehen, den „Stellenwert der Kultur in NRW deutlich herauszustellen und zur Sicherung der kulturellen Versorgung in allen Regionen des Landes beizutragen“, wie es in der Vorbemerkung der ver.di-Stellungnahme heißt?

Wie blind will man sich eigentlich noch stellen, um seine hier durchaus bewiesene Erkenntnis- und Kritikfähigkeit zu übertölpeln?

Denn es wird mit dem KFG das genaue Gegenteil der herbeiphantasierten Aufwertung der Kultur in NRW und der Sicherung der kulturellen Versorgung in die Wege geleitet, nämlich deren weitere schrittweise Abwicklung. Eine Kulturförderung, bei der als wesentliche Voraussetzung kein nennenswerter politischer Wille erkennbar ist, die Kommunen wieder in

den Zustand steuer- und finanzpolitischer Handlungsfähigkeit zu versetzen, erschwert noch unter den mit herbeigeführten, angeblich alternativlosen Bedingungen von Schuldenbremse und Fiskalpakt, kann gar nicht anders als auf „Leuchtturmprojekte“ und auf prekäre Beschäftigung in den noch verbliebenen Kultureinrichtungen setzen. Die große Koalition aus SPD und CDU im Bund hat zudem bei ihrem Regierungsantritt einen „sagenhaften“ Fond von einer Milliarde Euro (!) aufgelegt, bei einem Schuldenstand der Kommunen in der Bundesrepublik von inzwischen mehr als 130 Milliarden Euro. Ihr tatsächlicher politischer Wille erklärt sich somit ganz von selbst.

Dagegen wird die marode Finanzsituation der Kommunen nun geradezu genutzt, um hier als „aktivierender Staat“ den weiteren Ausverkauf der öffentlichen Kultur voranzutreiben, um sie als Public-Private-Partnership-Projekte privaten Investoren anzudienen, um einem rot-grünen Lieblingsprojekt, der „Kultur- und Kreativwirtschaft“, mehr und mehr den öffentlichen (Kultur-)Raum zu überlassen. Das alles ist nachzulesen bspw. in den Dokumenten des SPD-Kulturforums 2009, übrigens von der Philipp Morris Kunstförderung unterstützt. (<http://www.kulturrat.de/dokumente/zukunft-kulturwirtschaft.pdf>).

Dieser kulturelle Ausverkauf ist in ganz Europa zu besichtigen, und immer ist die politisch induzierte hohe Staatsverschuldung der schnell gefundene Vorwand. Nun muss selbst die Instandhaltung des römischen Kolosseums für 25 Millionen Euro, die der italienische Geschäftsmann Diego della Valle, Inhaber der Modekette Tod`s, dafür bereitstellen muss, einem Privatmann überlassen werden, weil dem italienischen Staat dafür die notwendigen Finanzmittel fehlen und das Kolosseum zu verfallen droht. Dieser nutzt seinen neuen Status, um dort Kulturevents zur Geschäfts fördernden Imagepflege zu veranstalten.

Das Kolosseum ist ein nationales Symbol allerersten Ranges, ein Symbol nationaler Identität. Hier wird deutlich, dass es bei dem Verlust öffentlicher Kultur und der Teilhabe aller an ihr nicht nur, wie in der ver.di-Stellungnahme formuliert, um den Verlust des „Medium(s), in dem sich Menschen ihrer Individualität und ihrer Würde bewusst werden“ (ein Bewusstsein, das dem Signore della Valle in diesem Fall vermutlich in keiner Weise abgehen dürfte) geht, sondern vielmehr noch um den Verlust des Bewusstseins der Mehrheit der Menschen für ihren widersprüchlichen gesellschaftlichen Zusammenhang und dessen Geschichte, etwas, das aus gewerkschaftlicher Sicht noch von viel größerer Tragweite ist und sein müsste. Denn es kündigt sich hier sehr greifbar das Horrorszenario ohnmächtig zersplitterter, identitäts- und geschichtsloser „Arbeitskraftverkäufer“ auf Märkten ab, denen nur noch die della Valles ihr Gesicht geben, im Vollbesitz ihrer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Macht.

„Der Markt darf nicht dominieren“, so gibt sich ganz naiv und selbstvergessen die ver.di-Stellungnahme zum KFG, denn nicht kulturpolitische Appelle an die aus bitteren Erfahrungen eher zu bezweifelnde legislative Kompetenz gerade der rot-grünen Landesregierung würden das verhindern, sondern einzig die entschiedene Entfaltung gewerkschaftlicher Gegenmacht. Dass die Märkte (Banken, Fonds und Konzerne) längst überall dominieren, weiß selbstverständlich auch ver.di NRW. Warum sollte es da im Kulturbereich ohne den notwendigen Widerstand anders zugehen? Wie aber kann man immer noch übersehen, dass die rot-grüne Landesregierung politisch ganz offenkundig v.a. diese Märkte bedient (Beispiel Stärkungspakt) und es sich inzwischen sehr wohl erlauben kann, eine ver.di-Meinung zu vernachlässigen, die noch der vom "Sozialpartner" schon vor Jahren aufgekündigten Auffassung anhängt, „dass der Zustand der Kultur wesentlich die demokratische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes beeinflusst (...) Investitionen in Kultur sind Zukunftsinvestitionen, die sich auch für künftige Generationen rechnen werden.“ (S.6) Denn es ist zurzeit noch ziemlich still im Land.

Die ver.di-Stellungnahme formuliert anstelle von klaren kulturpolitischen Forderungen, die man auch erkennbar fest entschlossen bereit wäre durchzusetzen, eine Menge von lammfrommen Wünschen und „so sollte es eigentlich sein“ – Bestimmungen und mahnt an und betont.

Das wird nicht reichen, um mit dem geplanten KFG, das in Wahrheit das Gegenteil von Kulturförderung sein wird, den weiteren Kulturabbau in NRW zu stoppen.

Die Landesregierung in NRW wird – so wie es jetzt noch aussieht - ihr Ziel erreichen, Beschwichtigung und Beruhigung; vielleicht fallen ja dem einen oder anderen Kulturbeschäftigten mit dem KFG dennoch ein paar Brosamen in den Schoss. Man weiß ja nie, und die Hoffnung auf den längst verschwundenen „Sozialpartner“ scheint immer noch zuletzt zu sterben.

Friedrich Kullmann

Landesvorsitzender der ver.di-Fachgruppe Musik in NRW